

Jugendliche besitzen heute in fast allen gesellschaftlichen Bereichen eine frühe soziale und kulturelle „Mündigkeit“. Vielfältigste Chancen der Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung haben dazu geführt, daß sie einen so hohen Grad der Autonomie, Spontanität und Kreativität erleben wie kaum eine Generation vorher. Zugleich aber entwickeln Jugendliche ihre kulturellen Ausdrucksformen in einer „Wohlstands- und Boutiquengesellschaft“, die ihnen jederzeit signalisiert, wie unverbindlich und



MÄNNERSACHE POLITIK?

oberflächlich die zahlreichen Angebote sind, die ihnen gemacht werden: Die lange Freistellung von Erwerbsarbeit im Lebenslauf kann in eine dauerhafte Arbeitslosigkeit führen, die hohen Bildungschancen werden oft in objektiv perspektivlosen Ausbildungsgängen wahrgenommen, der große Spielraum für Reflexion und Selbstklärung kann die Frage nach dem Sinn des Lebens quälend werden lassen, und die großen Konsumchancen und Freizeitmöglichkeiten werfen immer nachdrückliche die Sorge um die Konsequenzen

Das Verhältnis
junger Frauen
und Männer zur
Politik

Veränderte Formen politischen Interesses

Obwohl vor allem in der letzten Zeit zunehmend häufig der Begriff der „Politikverdrossenheit“ verwendet wird, um das Verhältnis Jugendlicher zur Politik zu beschreiben, sind Jugendliche heute nicht weniger an politischen Themen und politischen Handlungen interessiert als noch vor einigen Jahren. Verändert haben sich vielmehr die Formen, die Jugendliche wählen, um ihrem politischen Interesse Ausdruck zu verleihen. Auch ist ihre Haltung gegenüber etablierten Organisationen und Institutionen distanzierter als die ihrer Elterngeneration.

Im Rahmen einer Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts haben Gille, Krüger, de Rijke & Willems (1996) rund 7.000 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 29 Jahren zu ihrem Vertrauen und zu ihren Einstellungen gegenüber 15 politischen Institutionen befragt. Die Ergebnisse dieser Befragung zeigen insgesamt ein sehr geringes Vertrauen Jugendlicher in die Institutionen „etablierter Politik“ – hierzu werden beispielsweise die Parteien, die Bundesregierung und der Bundestag gezählt. Dem gegenüber stehen solche Institutionen, die neue und alternative Politikinhalte zu organisieren versuchen, wie beispielsweise Bürgerinitiativen, Interessenverbände oder Greenpeace. Ihnen wird von mehr als der Hälfte bis zu zwei

Dritteln der Befragten großes Vertrauen geschenkt.

Daß die Skepsis Jugendlicher nicht nur auf die politisch-etablierten Institutionen und Organisationen beschränkt bleibt, sondern auch Gewerkschaften und Jugendorganisationen betrifft, zeigt Melzer (1992). Er hat Anfang des Jahres 1991 1.500 Jugendliche aus den alten und 1.250 Jugendliche aus den neuen Bundesländern im Alter von 15 bis 24 Jahren unter anderem danach gefragt, inwieweit sie meinen, daß etablierte politische Institutionen ihre Interessen gut, teilweise oder schlecht vertreten. Deutlich wird hierbei, daß allen Institutionsformen eine relativ geringe Interessenvertretungskompetenz zugesprochen wird. Am geringsten ist diese bei den ostdeutschen Jugendlichen gegenüber Jugendorganisationen ausgeprägt. Sie werden nur von 3,5 % aller Befragten als Interessenvertretung akzeptiert. Bei den Jugendlichen aus den alten Bundesländern rangieren – mit rund 10 % – die Kirchen auf dem letzten Platz.

Interesse an gesellschaftlichen Themen

Die in den berichteten Ergebnissen zum Ausdruck kommende Skepsis könnte die Vermutung nahelegen, daß Jugendliche aus einer gewissen Hilflosigkeit heraus den Rückzug in das „private Glück“ favorisieren. Diese Befürchtung kann jedoch durch die Befunde einer eigenen Studie, in der wir 1.700 Jugendliche um eine Einschätzung des

für Umwelt und Gesundheit auf. Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags stehen die Auswirkungen dieser erheblichen Unsicherheiten auf die politischen Orientierungen Jugendlicher: Gefragt werden soll, welche politischen Hoffnungen und Befürchtungen Jugendliche heute haben, inwieweit Jugendliche noch an Politik interessiert und in der Lage sind, politisch zu partizipieren, und ob zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen Unterschiede im Zugang zur Politik festgestellt werden können.

MÄNNERSACHE

Statements „Hauptsache ist, daß man ein glückliches Privatleben hat. Was um einen herum passiert, ist nicht von Bedeutung“ gebeten haben, nicht bestätigt werden. Hier zeigt sich, daß der überwiegende Anteil der Befragten (69,9 %) diese Aussage ablehnt. Gleiches gilt für das Statement „Als verantwortungsvoller Mensch kann man eigentlich keine Kinder mehr in die Welt setzen“, das von einem Anteil von 59,7 % der Jugendlichen als falsch abgelehnt wird (Palentien & Hurrelmann, 1992).

Diese – den persönlichen Bereich betreffende – eher optimistische Einschätzung findet ihren Niederschlag jedoch nicht in der Bewertung politischer Handlungsmöglichkeiten. Auf die Frage nach dem persönlichen Beitrag zur Lösung der eigenen Probleme schätzte nur ein knappes Drittel der Befragten (29 %) den eigenen Beitrag als hoch ein. 36,1 % äußerten sich unentschlossen und 34,9 % waren der Ansicht, man könne selbst eher wenig zur Lösung bestehender Probleme beitragen.

Ausschlaggebend für diese Zurückhaltung, dies zeigen die nachfolgenden Betrachtungen, ist aber nicht ein mangelndes Interesse Jugendlicher an Politik: So nennen auf die Frage des Instituts für empirische Psychologie (1995), in welchem Bereich Jugendliche ein gesellschaftliches Engagement für wichtig erachten, 84 % das Thema Umweltschutz, 62 % sprechen sich für ein Engagement im sozialen und 50 % im privaten Bereich aus. Initiativen gegen Rechtsradikalismus werden von 56 %, im Tier-

schutz von 43 % und in der Friedensbewegung noch von 40 % als wichtig erachtet. Fragt man die Jugendlichen darüber hinaus, ob sie sich für Politik interessieren, dann antwortet jeder zweite Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren mit „Ja“. Dieses Politikinteresse nimmt bis zur Altersgruppe der 30 bis 59jährigen kontinuierlich zu und erreicht dort einen Höchstwert von 70 %. Erst ab dem 60. Lebensjahr nimmt es dann wieder ab (Hurrelmann & Palentien, 1998).

Unpolitische Mädchen?

Betrachtet man das politische Interesse Jugendlicher nach den Geschlechtern getrennt, so kann festgestellt werden, daß erheblich mehr Jungen ein Interesse an Politik äußern. Auch geben wesentlich mehr Jungen an, sich oft mit ihren Eltern oder Freunden über Politik zu unterhalten. Der naheliegende Schluß, Mädchen kein Interesse an Politik zu unterstellen, wäre jedoch verfehlt. Vielmehr muß, gemeinsam mit den in der Bielefelder Studie erhobenen Wünschen einer Vielzahl an Mädchen, über Politik zu sprechen (Palentien & Hurrelmann, 1992), davon ausgegangen werden, daß das scheinbare politische Desinteresse ein immer noch bestehender Ausdruck ungleicher Chancenbedingungen darstellt. Deutlich wird dieses, berücksichtigt man in der Analyse auch die Partizipation in den unmittelbaren Lebensbereichen von Mädchen und Jungen, z.B. in der Schule.

Die Schule zählt heute zu einem der wichtigsten Bereiche politischer Sozialisation: Geht es um die Vermittlung und Prägung sozialer und gesellschaftspolitischer Einstellungen und Verhaltensweisen, so sind hiervon insbesondere die curriculare Ebene und die interaktive Ebene betroffen. Die curriculare Ebene ist die der Information, der Wissensvermittlung und der gezielten leistungsmäßigen Förderung. Ein systematisch trainierter Wissenserwerb nach stringent aufgebauten Lehrplänen mit gut abgestimmten Unterrichtseinheiten ist die Grundlage für den Aufbau von intellektuellen und sozialen Fähigkeiten und Fertigkeiten von Kindern und Jugendlichen. Die interaktive Ebene ist besonders im Hinblick auf die Stärkung der sozialen Kompetenzen Jugendlicher von Bedeutung. Sie betrifft vor allem die in der Schule täglich und über viele Stunden hinweg stattfindende Kommunikation zwischen Schülerinnen und Schülern sowie zwischen ihnen und den Lehrerinnen und Lehrern, insbesondere im Rahmen der schulgesetzlich verankerten Regelungen der Mitbestimmung, wie sie sich z.B. in der Schülermitverwaltung ausdrücken.

Von den in der Bielefelder Studie befragten Jugendlichen geben insgesamt rund 8 % an, in der Schülermitverwaltung aktiv zu sein. Im Gegensatz zu dem geäußerten Interesse an Politik stellt sich hierbei jedoch das Geschlechterverhältnis als fast ausgewogen dar. Eine Umkehrung der männlichen Dominanz erfolgt, be-



rücksichtigt man zusätzlich die in den kommunalen Bereichen offerierten Möglichkeiten jugendpolitischen Engagements. Vor allem auf dem kirchlichen Sektor überwiegen eindeutig die Mädchen.

Folgerungen für das Verhältnis Jugendlicher zur Politik

Faßt man die vorliegenden Befunde zu den politischen Interessen und dem politischen Engagement Jugendlicher zusammen, so wird insgesamt deutlich, daß es sich bei der heutigen Jugendgeneration um keine „unpolitische“ Jugend handelt. Vielmehr handelt es sich bei der scheinbaren Verdrossenheit gegenüber Politik um eine Politikerverdrossenheit, die, dies zeigen zusätzliche Analysen, auf den Umgang der derzeitigen Politikerinnen und Politiker und der von ihnen vertretenen Parteien mit den Herausforderungen und Aufgaben des öffentlichen Lebens gerichtet ist.

Nicht die Jugendlichen wenden sich von Politik als einem Medium der täglichen Auseinandersetzung und der Lösung von Gestaltungsaufgaben ab.

Es sind die Politikerinnen und Politiker, die sich von den Diskussionsprozessen in ihrer Bürgerschaft getrennt haben. Sie sind zu eigenen Machtzentren geworden und nur noch bedingt das Sprachrohr für diejenigen, die sie eigentlich vertreten sollten. Die heute vorherrschende Parteien- bzw. Politikerverdrossenheit wird dadurch verstärkt, daß die Mehrheit (nicht nur) der Jugendlichen spürt, wie wenig Parteien und Politiker in der Lage sind, mit der heutigen Krise der Gesellschaft umzugehen. Es fehlt an einer tragfähigen politischen und gesellschaftlichen Orientierung, einer Utopie, die als Leitbild die Menschen auch durch wirtschaftliche und kulturelle Krisen hindurchführen könnte. Viele Jugendliche bedrückt die Angst, ob sie in der Zukunft überhaupt noch ein lebenswertes Dasein führen können und die Welt für die Menschen bewohnbar bleibt. Es ist die Furcht vor Arbeitslosigkeit und der Verschlechterung der Ausbildungschancen und Berufsaussichten und mehr noch die zunehmende Zerstörung der natürlichen Umwelt und der persönlichen Gesundheitsschancen, die dieser Altersgruppe Sorgen bereitet. Trotz der Vielzahl ungelöster Probleme trifft das Vorurteil, Jugendliche seien politisch desinteressiert, nicht zu. Allerdings unterscheidet sich ihr Politikverständnis stark von dem des derzeitigen Politiksystems:

Jugendliche verstehen Politik ganzheitlich und wollen hierin ihre Bedürfnisse, Interessen, Neigungen und Emotionen einbringen können.

Differenzen bestehen aber nicht nur im Politikverständnis Jugendlicher und Erwachsener. Sie betreffen auch die Gruppe der Jugendlichen untereinander, z. B. die Mädchen und die Jungen. Vermutlich sind es noch längst nicht überwundene Rollenzuschreibungen, die über die Erziehung und Sozialisation zu Typisierungen und Klischees führen und sich dann zu Ungunsten von Mädchen auswirken. Hinzu kommt der Eindruck vieler Mädchen, in einer von Männern dominierten „politischen Welt“ zu leben, der sich in einer indirekten Erwartungshaltung ausdrücken und dazu führen kann, daß Mädchen ein geringeres Interesse an politischen Themen ausbilden.

Das mangelnde Interesse der Mädchen wird durch introvertierte Verarbeitungsweisen auch in anderen Bereichen eher begünstigt. Neuere Studien der Jugendgesundheitsforschung zeigen, daß soziale und wirtschaftliche Probleme zwar auch zu einer verstärkten politischen Meinungsbildung und zu einem engagierten politischen Handeln führen können; sie können aber auch Überforderungen und Streßerleben nach sich ziehen. Die Gefahr, daß sich hieraus eine Ohnmacht und eine Unfähigkeit zum Handeln entwickelt, besteht vor allem dann, wenn die Probleme die subjektiven Bewältigungskapazitäten des einzelnen überfordern und sie begleitet werden von einem Ge-

fühl der Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Dieses ist vor allem bei Mädchen der Fall.

Plädoyer für mehr Beteiligung in zentralen Lebensbereichen

Neben der Bestandsaufnahme der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher beschäftigt heute wohl kaum eine Frage so nachhaltig die öffentliche und die fachöffentliche Diskussion wie die, mit welchen neuen Formen der politischen Partizipation es gelingen kann, die Interessen Jugendlicher wieder vermehrt in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubinden und hiermit auch Jugendliche selbst stärker als bisher zu einer aktiven Teilnahme an Politik zu bewegen.

Zwar lassen sich bereits einige Veränderungen in der Folge dieser Auseinandersetzung beobachten – so verfügen beispielsweise fast alle Länder über Kinder- und Jugendbeauftragte, eine Vielzahl an Städten und Gemeinden hat die Einrichtung sogenannter Kinder- und Jugendparlamente beschlossen, darüber hinaus wurde bereits in drei Bundesländern das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. Vorherrschend bei all diesen Ansätzen ist jedoch noch immer, Mädchen und Jungen gemeinsam anzusprechen, ohne daß hierbei die Unterschiedlichkeit des Verhältnisses weiblicher und männlicher Jugendlicher zur Politik in Rechnung gestellt wird.

Gerade im Hinblick auf die heute im Fokus aktueller Debatten stehenden neuen Formen der politischen Partizipation sollte diese Differenzierung stärker als bisher miteinbezogen werden: Zeigen im unmittelbaren „Nahbereich“ die Mädchen ein ausgeprägteres Interesse und Engagement, so dominieren im Bereich der allgemeinen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen eindeutig die Jungen.

Berücksichtigt werden sollte darüber hinaus, daß für das Ausmaß, in dem sich Jugendliche auf das politische System einlassen, aber nicht nur dem politischen System selbst, sondern auch dem politisch mitgestalteten Lebensumfeld, in das sie eingebunden sind, eine große Bedeutung zukommt. So bestehen noch immer in zahlreichen Lebensbereichen, wie z. B. dem Kindergarten, der Schule oder den Medien, große Defizite hinsichtlich der Kindern und Jugendlichen eingeräumten Partizipationsmöglichkeiten.

Es besteht heute kein Zweifel daran, daß der außerfamilialen Erziehungsinstitution Kindergarten ein zunehmend großer Stellenwert zukommt. Ein immer größer werdender Anteil Kinder erfährt erst außerhalb der Familie eine zuverlässige physische und psychische Pflege mit einem stabilen emotionalen Kontakt, der eine umfassende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse gewährleistet. Obwohl im Kindergarten hiermit die Grundlagen für soziale Kompetenzen und Verhaltensweisen auch für spätere Lebensabschnitte gelegt werden, stehen die Bemühun-

gen, Kinder an der Zeitplanung und der Planung des sozialen Arrangements der Betreuungs- und Unterrichtsformen zu beteiligen, aber noch immer an den Anfängen.

Im Schulbereich hat sich zwar seit den 50er Jahren eine vom Grundsatz her gut durchdachte Mitbestimmung etabliert, sie wurde aber seitdem nicht weiterentwickelt. Noch immer ist es den Schülerinnen und Schülern nicht möglich, sich am Lehrplan oder an der Pausengestaltung, an der Gestaltung der Unterrichtsformen oder an der Planung des Unterrichtsgebäudes oder des Schulhofes zu beteiligen. Große Defizite bestehen darüber hinaus hinsichtlich der Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, sich in der Schule politisch zu engagieren.

Ähnlich der schulischen Mitbestimmung gestalten sich heute die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in den Medien. Ansätze der Beteiligung existieren zwar, sie sehen Kinder und Jugendliche aber vor allem als Schutzbedürftige und beschränken sich auf das Aussprechen sogenannter Freiwilliger Selbstkontrollen. Die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, sich in den Rundfunkräten der Medienanstalten selbst zu vertreten oder Sendungen zu produzieren, besteht heute ebenso wenig wie die Chance, in Zeitungen oder Illustrierten Meinungen zu publizieren.

Ziel einer demokratischen Gesellschaft muß es sein, Kinder und Jugendliche an allen wesentlichen Entscheidungen in ihrer Lebenswelt direkt zu beteiligen. Erleben sie in Familie, Kindergarten und

Schule, aber auch in Nachbarschaft und Gemeinde, daß ihre Stimme zählt und ihre Meinung gehört wird, dann entwickelt sich hierüber eine Beteiligungskultur, die als Grundvoraussetzung für eine demokratisch verfaßte Gesellschaft bezeichnet werden kann.

L I T E R A T U R

GILLE, M., KRÜGER, W., DE RIJKE, J. & WILLEMS, H. (1996): Das Verhältnis Jugendlicher zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B16/96, 3-17.

HURRELMANN, K. & PALENTIEN, C. (1994): Politik, politische Kommunikation und Medien: Jugend im deutsch-deutschen Vergleich. In: Jarren, O. (Hg.): *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen. Elektronische Medien in der Bundesrepublik Deutschland*. Sonderheft Nr. 8, Gegenwarts-kunde, Opladen.

INSTITUT FÜR EMPIRISCHE PSYCHOLOGIE (Hg.) (1995): „Wir sind o.k.!“. Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den 90er Jahren. Die IBM Jugendstudie. Köln.

MELZER, W. (1992): Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potential Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland. Opladen.

PALENTIEN, C. & HURRELMANN, K. (1992): Jugend und Politik. Ergebnisse einer aktuellen Umfrage der Universität Bielefeld. In: *Pädagogik* 10, 41-45.

PALENTIEN, C. & HURRELMANN, K. (1998): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2. Auflage. Berlin/Kriftel/Neuwied, 11-29.

Klaus Hurrelmann, Professor an der neugegründeten Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld. Seit 1994 Dekan und Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Leiter maßgeblicher Gutachten im Bereich der Bildungs-, Familien-, Jugend- und Gesundheitsforschung, von 1986 bis 1997 Leiter des DFG-Sonderforschungsbereiches „Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter“, Mitglied des „Nationalen Drogenrates“ des Bundesgesundheitsministeriums.

Christian Palentien, Diplom-Pädagoge und Doctor of Public Health, wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Kindheits- und Jugendforschung der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld, Arbeitsschwerpunkte: Problembelastungen und Gesundheitsrisiken und politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen.